Frankfurter Rundschau

Erhöhung der Rundfunkgebühr wohl vom Tisch – Bundesländer wollen nicht mitziehen

24.09.2024, 19:17 Uhr
Von: Romina Kunze

Die Kommission befürwortete einen erhöhten Rundfunkbeitrag ab 2025. Aber die Bundesländer widersprechen – sie pochen stattdessen auf eine Reform des ÖRR.

Frankfurt – Die Finanzierung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist umstritten. Schon seit Jahren ernten die Rundfunkgebühren, die früher als GEZ-Gebühren bekannt waren, heftige Kritik aus der Bevölkerung. Zuletzt auch aus der Politik. Die Bundesländer fordern daher einen harten Sparkurs der Anstalten. Mit der Reform ist auch die geplante Erhöhung des monatlichen Beitrags vorerst vom Tisch.

Bundesländer widersprechen KEF: Rundfunkbeitrag soll vorerst nicht angehoben werden

Die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs (KEF) hatte zuletzt empfohlen, den Rundfunkbeitrag um 50 Cent zu erhöhen. Auch die Anstalten drängten auf eine Anhebung. Zum 1. Januar 2025 wären dann statt der 18,36 Euro rund 19 Euro im Monat fällig geworden – ob das Angebot nun genutzt wird, oder nicht. Zuvor hatte der Beitrag 2023 bereits Rekordniveau erreicht.

Die obligatorische Zahlpflicht für die meisten Menschen in Deutschland ist auch ein Punkt, der immer wieder für Kritik sorgt. Auch die FDP hatte ihn angeführt, als in den vergangenen Wochen und Monaten Anträge zur Reform in den jeweiligen Landesregierungen vorgelegt wurden. Einige Menschen sind allerdings von den Rundfunkgebühren ausgenommen.

Eine Person schaltet den Fernseher an. (Symbolfoto)

Auf den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk könnte eine dicke Reform zukommen. Geht es nach den Bundesländern, soll gespart werden. Allen voran an Programmen, aber auch dem Sportetat. (Symbolfoto) © Sirijit Jongcharoenkulchai/Imago

Ungeachtet der Empfehlung der KEF sprechen sich die Länder vorerst gegen eine Erhöhung des Beitrags aus. Stattdessen drängt deren Medienpolitik auf die Reform, die wohl im Sommer 2025 vollzogen werden soll. Die Länder wollen demnach zunächst abwarten, wie sich die Reform finanziell auswirke. Zumindest bis dahin dürfte also der monatliche Beitrag unverändert bleiben.

Sparkurs der Bundesländer könnte Spartenkanäle des Rundfunks treffen

Teil des drastischen Sparprogramms der Länder ist es, die Programme des ÖRR zu reduzieren. So sollen 20 der 70 Radioprogramme gestrichen werden. Einsparungen soll es auch bei den Fernsehprogrammen geben. Vier oder fünf der zehn Spartenkanäle könnten verschwinden. Zu den TV-Spartenkanälen des ÖRR zählen beispielsweise Arte, 3sat oder ZDFneo.

Dabei feierte ZDFneo 2023 ein Rekordjahr, wie das auf deutsche Medienwirtschaft spezialisierte Onlinemagazine *DWDL* schreibt. Demnach habe der Sender einen Markenanteil von 2,6 eingefahren – den größten aller Spartensender, auch der Privatsender. Zum Vergleich: ProSiebenMaxx lag bei 0,7, RTL Nitro bei 1,8. Vor allem bei jüngerem Publikum sind die Sender beliebt. Welche Angebote konkret gestrichen werden, sollen die Anstalten selbst entscheiden. Fünf Sender werden 2025 beim ZDF bereits eingestampft.

Streitpunkt Sportberichte: Auch bei den Übertragungsrechten soll gespart werden

Ein weiterer Teil des geforderten Sparkurses für den ÖRR ist es, die Doppelstrukturen abzubauen. Eine klare Aufteilung innerhalb der ARD in Bezug auf Nationales und Regionales gibt es bislang nicht, wodurch es zu Dopplungen der Inhalte kommen kann. „Es braucht keine zwei nationalen Sendeanstalten“, sagte Jan Marcus Rossa, medienpolitischen Sprecher der FDP-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein, bereits 2019 zu dem Thema. Künftig soll verstärkt nach dem Prinzip „Einer für alle“ gearbeitet werden, sowohl in der Verwaltung als auch bei Personal und Programm, so die aktuelle Forderung der Bundesländer.

Darüber hinaus soll der Etat für die teuren Sportrechte begrenzt,

möglicherweise sogar gekürzt werden. Wie die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* schreibt, machen diese TV-Lizenzen zehn Prozent des Gesamtetats aus. Eigenen Angaben zufolge standen der ARD in den Jahren 2021 bis 2024 durchschnittlich 237,5 Millionen Euro im Jahr für Sportrechte zu Verfügung, beim ZDF seien es 203 Millionen pro Jahr im Zeitraum 2019 bis 2022 gewesen.

Lachanfälle, Versprecher, Verwechslungen: Diese „Tagesschau“-Pannen bleiben unvergessen

Fotostrecke ansehen

Den Bärenanteil dürften dabei die TV-Rechte für den Fußball ausmachen, insbesondere großer Turniere. Zu rechtfertigen seien die kostspieligen Lizenzen der Fifa, UEFA oder auch der DFL laut Kritikern nicht mehr. „Es ist aus medienrechtlicher Sicht nicht nötig und wird aus gesellschaftspolitischer Perspektive immer fragwürdiger, wenn Fußball mit Gebührengeldern finanziert wird“, kritisierte Kommunikationswissenschaftler Michael Schaffrath der TU München unlängst. Dagegen argumentieren die Anstalten mit dem großen Zuschauerinteresse. Zahlen belegen das: Den EM-Auftakt der DFB-Elf 2024 hatten 22,49 Millionen Menschen verfolgt.

Spar-Programm muss noch abgesegnet werden – Vorzeichen sprechen dafür

Der von den Ländern vorgelegtem Sparprogramm muss noch von den Ministerpräsidenten abgesegnet werden. Unter der Woche kommen sie zusammen, eine endgültige Entscheidung wird allerdings erst bei der Ministerpräsidentenkonferenz vom 24. bis 25. Oktober in Leipzig erwartet. Anschließend müssen noch alle 16 Landtage dem Reformpaket zustimmen. Ob die Gebühren also vorerst bleiben, ist zunächst unklar. Denkbar wäre in Zukunft aber auch eine Indexierung, also Koppelung an die Inflation.

Beitragszahlende dürfen sich aber Hoffnungen machen: Eigentlich müssen die Bundesländer sich eng an den Empfehlungen der Kommission orientieren. Allerdings hatten in der jüngeren Vergangenheit einige Länderchefs bereits signalisiert, eine Erhöhung nicht mittragen zu wollen. So wie etwa Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU). (rku)

Kommentare